

Arbeitskreis Bremer Protest
c/o LAG Selbsthilfe behinderter Menschen e.V:
Dieter Stegmann
Waller Heerstraße 55
28217 Bremen

FDP Landesverband Bremen

Dr. Magnus Buhler, MdBB
- stellv. Vorsitzender -

Violenstraße 47
28195 Bremen

Telefon: +49 172 174 34 65

E-Mail: buhler@fdp-bremen.de

Internet: www.fdp-bremen.de

Bremen, 28.02.2019

Wahlprüfsteine behinderter Menschen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihre Fragen. Noch haben wir unser Wahlprogramm nicht beschlossen. Zugleich wird das Wahlprogramm der FDP nicht auf alle Ihre Fragen Antworten haben. Die Antworten entsprechen dem, was wir vorhaben und was wir in der Vergangenheit vertreten haben und in Zukunft vertreten wollen.

Gern beantworte ich Ihre Fragen als stellv. Vorsitzender der FDP Bremen. Ich bin gesundheits-, sozial- und teilhabepolitischer Sprecher der FDP-Bürgerschaftsfraktion. Auch aus dieser Position heraus antworte ich. Dabei berücksichtige ich auch meine Erfahrungen aus meiner ehrenamtlichen Arbeit in zwei Vereinen, die sich für Menschen mit Beeinträchtigungen und für Inklusion engagieren, sowie aus dem Eigenbetriebsausschuss der Werkstatt Bremen.

1. Was wollen Sie für Menschen mit Beeinträchtigung in der kommenden Legislaturperiode tun?

Uns Freien Demokraten ist wichtig, dass alle Menschen möglichst selbstbestimmt leben können. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Das heißt wir wollen die Möglichkeiten zur Teilhabe weiter verbessern. Dazu werden wir uns zum Beispiel für eine Weiterentwicklung des Teilhabegesetzes auf Bundesebene einsetzen.

Konkretes beantworte ich bei den einzelnen Fragen die noch folgen.

2. Was tun Sie für den Ausbau der Inklusion in folgenden Bildungsbereichen und welche Maßnahmen halten Sie im Einzelnen für erforderlich.

In allen Bereichen benötigen wir ausreichend Personal, das sich mit Inklusion auskennt. Hier müssen wir mehr Menschen ausbilden, fortbilden und weiterbilden.

Entscheidungen über Assistenzkräfte müssen schnell und unbürokratisch getroffen werden. Es muss ausreichend Möglichkeiten geben, schnell eine Diagnose zu bekommen.

Inklusion muss Thema in den Berufsschulen und in Ausbildungsbetrieben sein und werden. Es bedarf klarer Regeln für Nachteilsausgleiche in den Abschlussprüfungen.

Wir brauchen bessere Studienmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen, dies muss zur Aufgabe der Studiendekane werden. Nachteilsausgleiche müssen im Vorhinein und zeitnah entschieden werden.

3. *Wie werden Sie eine bedarfsgerechte Versorgung behinderter Schülerinnen und Schüler mit Assistenzkräften sicherstellen?*

Dass mehr Anbieter Assistenzleistung in Schulen anbieten, löst das Problem allein nicht. Es fehlt an qualifiziertem Personal. Das muss ausgebildet werden. Die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher, die ausgebildet wird muss erhöht werden. Auch sollten künftig in Bremen Heilerziehungspfleger ausgebildet werden.

4. *Der Landesteilhabebeirat hat beschlossen, dass Gebärdensprache auch an ausgewählten Regelschulen in Bremen und Bremerhaven unterrichtet werden soll. Werden Sie diesen Beschluss umsetzen?*

Ja, wenn wir an der Regierung beteiligt sind. Ansonsten werden wir als Opposition darauf drängen. Gebärdensprache ist eine eigenständige Sprache, deshalb ist es richtig, sie auch so zu behandeln und einsprechende Angebote zu machen.

5. *Welchen Nachholbedarf sieht ihre Partei bei der Unterstützung mit Assistenz von Studierenden mit einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung?*

Wesentlich ist, dass die Unterstützung zügig zu Beginn des Studiums und jeweils vor dem Beginn der Vorlesungszeit abschließend geregelt wird. Auch muss der individuelle Stundenplan auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse angepasst werden. Dafür muss im Zweifel bis in die Raumpläne hinein eingegriffen werden.

Assistenzfragen und Nachteilsausgleiche bzw. Ersatzleistungsnachweise beispielsweise bei Laboren in den Natur- und Ingenieurwissenschaften müssen im Vorfeld geklärt werden.

Für Fragen des Nachteilsausgleichs muss es für die einzelnen Studiengänge feste Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerinnen geben. Es müssen die Studiendekane in diesen Fragen weiter fortgebildet und qualifiziert werden.

6. *Wie sieht ihre Version eines inklusiven Arbeitsmarktes aus, den die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN BRK) fordert?*

Ein solcher Arbeitsmarkt ist durchlässig. Er hat Qualifizierungs- und Trainingsmöglichkeiten und hat ausreichend Assistenzkräfte.

Es wird aktiv daran gearbeitet, dass Menschen, die auf dem 2. und 3. Arbeitsmarkt beschäftigt sind an den 1. Arbeitsmarkt herangeführt und letztlich in ihn integriert werden.

Es wird zudem aktiv daran gearbeitet, dass auch Menschen arbeiten können, die bisher nicht mal in Werkstätten Beschäftigung finden. Dafür müssen sich die Werkstätten weiteren (und für sie neuen) Personenkreisen öffnen. Jedem Menschen wird zumindest eine Tagesstruktur geboten.

7. *2.957 behinderte Menschen waren Ende 2017 in den Werkstätten für behinderte Menschen in Bremen beschäftigt. 8 Personen haben im selben Jahr den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt geschafft. Das ist eine Quote von 0,28 Prozent. Was wird ihre Partei konkret unternehmen, um diese Quote in absehbarer Zeit zu verbessern?*

Es ist Aufgabe der Werkstätten, Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten und zu bringen. Damit sie sich mehr anstrengen sollte es in den Entgelten besonders vergütet werden, wenn das Ziel erreicht wird und Menschen dauerhaft aus der Werkstatt heraus in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden.

Wir finden die Idee der virtuellen Werkstatt, wie sie die Werkstatt Bremen entwickelt hat gut. Dieser sollte weiter verfolgt werden.

8. *Unterstützen Sie die Forderung der Werkstattbeschäftigten in Bremen und Bremerhaven nach einem bedingungslosen Werkstatteinkommen nach schwedischem Vorbild, wo alle arbeitenden behinderten Menschen 2.100 Euro im Monat erhalten? Was werden Sie tun, damit in Deutschland und im Land Bremen das bedingungslose Werkstatteinkommen eingeführt wird.*

Nein. Auch sonst lehnen wir bedingungslose Grundeinkommen ab. Wir wollen eine angemessene Bezahlung für geleistete Arbeit. Und wir wollen, dass diejenigen die nicht arbeiten können, ausreichend Geld zum Leben bekommen.

9. *Die Werkstattbeschäftigten brauchen eine handlungsfähige Selbstvertretung. Darum fragen wir Sie:*

- a. *Wie will ihre Partei die Arbeit der Selbstvertretung der Werkstattbeschäftigten und ihrer Vertrauensleute/Assistenzen in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) in Bremen und Bremerhaven (Werkstatträte, Frauenbeauftragte, Landesarbeitsgemeinschaft) finanziell nachhaltig absichern, damit diese ihre gesetzlich verankerten Aufgaben wahrnehmen können?*

Wir finden, dass nicht nur die Aufgaben, sondern auch Ausstattung und Finanzierung rechtlich verbindlich geregelt sein sollten und werden uns dafür einsetzen.

- b. *Werden Sie sich für die Einrichtung eines eigenen Finanzbudgets für die Werkstatträte einsetzen, wie dies bundesweit üblich ist?*

Ja, denn wir finden, dass in Bremen und Bremerhaven dieselben Standards gelten sollen, wie im Bundesgebiet.

- c. *Werden Sie sich insbesondere dafür einsetzen, dass die Werkstatträte in Bremerhaven eine Vertrauensperson finanzieren und beschäftigen können?*

Ja, was aber zu prüfen wäre ist, ob sie selbst die Person anstellen sollten, oder ob die Person nicht besser bei den Werkstätten angestellt wird.

10. *Wann sollten Ihrer Meinung nach die Werkstätten für behinderte Menschen aufgelöst werden?*

Wenn wir einen inklusiven Arbeitsmarkt haben. Dann brauchen wir keine Werkstätten mehr, die Arbeitsplätze stellen. Dann brauchen wir nur noch Institutionen/Organisationen, die sich darum kümmern Menschen mit Beeinträchtigungen bei ihrer Arbeit zu begleiten und Arbeit auf dem Arbeitsmarkt möglich zu machen.

11. *Budget für Arbeit*

- a. *Was würde Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung unternehmen, damit vom Budget für Arbeit stärker Gebrauch gemacht wird?*

Wir wollen, dass Menschen möglichst selbstbestimmt leben. Wir Freien Demokraten wollen daher auch die Information und Beratung zum Budget für Arbeit verbessern. So glauben wir, dass es mehr in Anspruch genommen wird.

- b. *Unterstützen Sie die Forderung des Landesteilhabebeirats, eine Abweichung im Bremischen Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz nach oben und zwar auf 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße vorzunehmen? (§ 61 Absatz 2 SGB IX)*

Diese Forderung unterstützen wir uneingeschränkt. Wir haben eine entsprechende Änderung des Ausführungsgesetzes gefordert. Die erforderliche Änderung hat die FDP-Fraktion mit beantragt. Die Änderung wird vorgenommen. Die Bürgerschaft hat ein entsprechend geändert.

12. *Wie sieht Ihrer Meinung nach die optimale Unterstützung einer selbstbestimmten Bildungs- und Berufswahlentscheidung für behinderte Menschen mit dem Ziel erster Arbeitsmarkt aus?*

Ziel jeder Unterstützung sollte immer der erste Arbeitsmarkt sein. Da die Beeinträchtigungen immer individuell sind und jeder Mensch anders ist, muss die Unterstützung immer individuell sein.

Es muss ausreichend viele verschiedene Beratungsmöglichkeiten und Bildungseinrichtungen geben. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen sich Beraterinnen und Berater aussuchen und wechseln können, wenn dies nötig ist.

Wichtig ist, dass genügend Zeit für Beratung zur Verfügung steht. Und das für Probearbeiten und Kennenlernen neuer Arbeitsstellen ausreichend Zeit gewährt wird. Eine Arbeit lässt sich nicht in einem Tag oder einer Woche abschließend beurteilen.

13. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr eine Fachstelle für barrierefreies Bauen und/ oder Verkehr geschaffen wird?*

Ja.

14. *Das Bundesland Bayern hat 221 Millionen Euro für den Abbau von Barrieren zur Verfügung gestellt. Das entspricht bei 12,44 Millionen Einwohner*innen 17,77 Euro pro Einwohner*in. Wie ist Ihre Haltung zu der Idee, je Einwohner 15 € zum Abbau von Barrieren in Bremen zur Verfügung zu stellen?*

Die Idee ist gut. Bremen hat aber weniger Geld als Bayern. Daher ist das nicht zu bezahlen. Jegliche Sanierung und jeglicher Neubau von Straßen und öffentlichen Gebäuden muss genutzt werden, um Barrieren abzubauen.

15. *Sind Sie der Meinung, dass bauliche Veränderungen zum Zwecke der Barrierefreiheit in gleichem Maße in den Stadtteilen wie im Stadtzentrum umgesetzt werden sollten? (Tourismus vs. Wohngebiete)*

Ja. Wichtig ist, dass wir in Sachen Barrierefreiheit vorankommen.

16. *Unterstützen Sie den tatsächlichen niveaugleichen Einstieg im Öffentlichen Personennahverkehr?*

Bremen war mit Niederflurstraßenbahnen und Niederflurbussen Vorreiter in Sachen barrierefreie ÖPNV. Niveaugleiche Einstiege wären noch besser. Bremen hat sich für ein System entschieden. Ein neues System wäre teuer und würde Umbauten an Haltestellen erfordern. An Haltestellen auf der Fahrbahn wäre er nicht zu realisieren. Die Investitionsentscheidungen für neue Busse und Bahnen hat der Senat aus SPD und Grünen getroffen. Verträge sind geschlossen. Ein niveaugleicher Einstieg lässt sich so auf lange Jahre nicht umsetzen.

17. *Was wollen Sie gegen den Mangel an Sozialwohnungen, speziell für Menschen mit Beeinträchtigung, unternehmen?*

Wir wollen, dass mehr Wohnungen für alle Menschen in Bremen gebaut werden. Wir freuen uns, dass neue Wohnformen für selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Wir unterstützen das.

18. *Besonders wichtig erscheint die Frage, warum das Bremer Rathaus nicht barrierefrei zugänglich ist, wie ihre Partei dazu steht und warum keine Abhilfe geschafft wird.*

Alte Gebäude sind besonders schwer behindertengerecht umzubauen. Das Rathaus ist Weltkulturerbe, dort darf nur mit hohen Auflagen umgebaut werden. Zugleich muss weiter nach Lösungen gesucht werden, damit alle Menschen mit Beeinträchtigungen unser Rathaus besuchen können.

19. Was werden Sie unternehmen, um im Land Bremen alle Ampeln mit akustischen und taktilen Signalen für blinde und sehbehinderte Menschen auszustatten, und wie gewährleisten Sie die Wartung?

Wir wollen, dass die Ausrüstung aller Ampeln mit taktilen und akustischen Signalen fortgesetzt wird. Dafür werden wir im Haushalt Gelder bereitstellen. Die Wartung ist Aufgabe der beauftragten Firmen. Sie müssen das gewährleisten. Wenn sie die Wartung vernachlässigen sollten Vertragsstrafen gefordert werden.

20. Unterstützt Ihre Partei eine Fortführung sowie Weiterentwicklung des Stadtführers barrierefreies Bremen?

Ja.

21. Bereits 2016 haben wir über das 21. Behindertenparlament die Anfrage zur Einrichtung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Beeinträchtigungen (MZEB) gestellt. Bis zum Jahr 2017 sollte dieses MZEB eingerichtet sein. Gesundheit Nord bzw. das Klinikum Bremen Mitte hat sich entschlossen, als Träger eines MZEB's für Bremen aufzutreten und für 2017 die Inbetriebnahme eines MZEB's anzustreben.

Wie soll es nach Ihrer Meinung nun mit dem MZEB weiter gehen? Was können / werden Sie dazu beitragen, dass das MZEB im Jahr 2019 seine Arbeit beginnen kann?

Wir halten das MZEB für eine gute Sache. Es wird die Gesundheitsversorgung von erwachsenen Menschen mit Behinderungen nachhaltig verbessern. Wir drängen darauf, dass es realisiert wird. Die Umsetzung und Öffnung des MZEB ist Aufgabe der Gesundheit-Nord (GeNo). Wir sind verärgert, dass dies bisher noch nicht passiert ist.

22. In Bremen und Bremerhaven stehen viel zu wenige barrierefreie Arzt- oder Behandlungspraxen zur Verfügung. Die Kassenärztlichen Vereinigungen zeigen sich wenig bis nicht kooperativ. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?

Wir finden die kassenärztliche Vereinigung hat den Auftrag dafür zu sorgen, dass alle Menschen ambulante medizinische Versorgung bekommen. Wir fordern, dass sie diesem Auftrag auch nachkommt. Dies zu kontrollieren ist Aufgabe der Aufsichtsbehörde. Wir Freien Demokraten fordern die Einrichtung weiterer barrierefreier Praxen.

23. Werden Sie sich für die Fortführung der barrierefreien gynäkologischen Praxis, nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des Neubaus, am Klinikum Bremen Mitte einsetzen?

Ja!

24. Seit mindestens vier Legislaturperioden wird in der Bremischen Bürgerschaft darüber geredet, dass den an Asbestose Erkrankten im Kampf um eine Entschädigung entscheidend durch eine Beweislastumkehr geholfen werden könnte. Es muss endlich was geschehen. Daher fragen wir Sie, ob Sie bereit sind, sich für die Beweislastumkehr einzusetzen und wenn ja, wie? Wenn nein, was spricht aus Ihrer Sicht dagegen?

Es muss die Beweislastumkehr geben. Wir fordern das auch. Hier muss Bundesrecht geändert werden. Das werden wir Bremer Freien Demokraten weiter fordern.

25. *Nach unseren Informationen gibt es im Land Bremen diverse Elternpaare mit geistigen Behinderungen und gesetzlichen Betreuern. In den seltensten Fällen wird den Eltern ermöglicht, ihre Kinder persönlich und in der Familie zu erziehen. Ist es nicht besser, Kinder in der Familie aufwachsen zu lassen und ggf. eine Betreuung zur Seite zu stellen als den Eltern die Kinder zu entziehen? Wie steht ihre Partei dazu und warum verwehren das die Jugendämter?*

Wir finden, dass muss weiter im Einzelfall von den Jugendämtern entschieden werden. Unser Grundsatz ist, dass Kinder am besten bei ihren Eltern aufwachsen. Sind Eltern dazu nicht in der Lage, muss gesehen werden, dass sie Unterstützung bekommen. Nur wenn Eltern es gar nicht können, ist es gerechtfertigt, Kinder nicht bei ihren Eltern aufwachsen zu lassen.

26. *Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Erkrankung (Doppeldiagnose)*

a. *Bestehen aus Sicht Ihrer Partei in Bremen Probleme bei der Versorgung von akuten psychischen Erkrankungen bei geistig behinderten Patienten?*

Ja. Die Einrichtungen sind zu wenig auf Menschen mit Doppeldiagnose eingerichtet. Und das gilt nicht nur für Menschen mit geistiger Behinderung, sondern auch für Menschen mit Autismus.

b. *In Osnabrück gibt es eine Krankenhausstation, welche sich auf die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung und psychischer Erkrankung spezialisiert hat. Sollte Bremen aus Sicht Ihrer Partei das „Osnabrücker-Modell“ übernehmen?*

In Bremen sollte ein vergleichbares Angebot entwickelt werden.

27. *Wie wollen Sie das Modellkonzept "Neue Psychiatrie im Bremen Westen" unterstützen? (<https://www.gapsy.de/aktuelles/2018/03/modellprojekt-bremer-westen.php>)*

Wir wollen und werden uns dafür einsetzen, dass das Modell dauerhaft weitergeführt werden kann. Dazu muss die Finanzierung für die Zukunft gesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

28. *Was wollen Sie unternehmen, um die Ursachen der steigenden Fallzahlen von psychischen Krankheiten zu bekämpfen?*

Wir wollen die ambulante psychotherapeutische Versorgung verbessern. Es dauert zu lange bis ein Therapieplatz zur Verfügung steht. Mit besserer ambulanter Versorgung könnte manche Krankheit früher und besser behandelt werden.

29. *Wie sollen die Erkennung der Ursachen und die Feststellung von Beeinträchtigungen (Anamnese und Diagnostik) in der Psychiatrie verbessert werden. Und werden Sie sich dafür einsetzen, dass dies in Zukunft vornehmlich nicht mehr stationäre sondern im Lebensumfeld der Betroffenen stattfindet?*

Die Beurteilung einer psychischen Krankheit setzt voraus, das Lebensumfeld der Erkrankten beurteilen zu können. Deshalb muss Psychiatrie sich ändern und stärker vor Ort arbeiten, soweit es möglich ist. Deshalb setzen wir uns auch für Tageskliniken ein, die einen Teil Fälle besser behandeln können.

30. Unterstützt Ihre Partei die Forderung der Gewährleistung eines 24stündigen ambulanten Krisendienstes?

Es muss rund um die Uhr Ansprechpartner für Krisensituationen geben. Die aktuelle Lösung finden wir dafür noch nicht ganz ausreichend.

31. Was wollen Sie gegen Zwang und Gewalt in der Psychiatrie unternehmen?

Wir wollen, dass Schulungen gegen Gewalt und Deeskalationstraining verpflichtend ist und Zwangsmaßnahmen nur in Ausnahmefällen und bei Genehmigung durch ein Gericht durchgeführt werden dürfen. Die gesetzlichen Regelungen hierzu werden wir in der Bürgerschaft gemeinsam mit anderen Fraktionen noch vor der Wahl verschärfen und einen Bereitschaftsdienst für Richter bzw. Richterinnen einführen.

Wir haben mitgewirkt, dass die Erkenntnisse der Besuchskommission zu Verbesserungen führen.

Wir erwarten, dass alle Gewaltfälle dokumentiert und nachbereitet und mit den Patientinnen und Patienten besprochen werden.

32. Was werden Sie unternehmen, um die desolante Nährstoffversorgung von Menschen in Schulen, Heimen, Krankenhäusern und besonders in psychiatrischen Kliniken zu verbessern?

Wir fordern, dass die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung eingehalten werden. In öffentlichen Einrichtungen soll dies in Bremen umgesetzt werden.

33. Was tun Sie konkret, damit Menschen mit Behinderung in Ihrer Partei mitwirken können und integriert werden, und wie werden Menschen mit Behinderungen in Ihre Entscheidungen einbezogen?

Wir haben Menschen mit Beeinträchtigungen in der FDP. Sie arbeiten und diskutieren mit.

34. Wie fördern Sie aktiv die Mitarbeit von behinderten Menschen in den Parlamenten?

Wir beziehen Sie in unsere Arbeit mit ein. Und wenn Sie kandidieren wählen wir sie, wenn sie die Politik und das Programm unserer Partei vertreten.

35. Steht Ihre Partei für eine Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl in Leichter bzw. verständlicher Sprache zur Verfügung?

Ja.

36. Im Land Bremen gibt es alle Wahlunterlagen für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und zu den Stadtteilbeiräten in Leichter Sprache, bei Wahlen auf Bundesebene aber nicht. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die Unterlagen für Bundestagswahlen und Europawahlen zukünftig in Leichter Sprache formuliert werden?

Ja, wir wollen, dass für alle Wahlen Unterlagen in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden.

37. Wird Ihre Partei das eigene Wahlprogramm oder zumindest die wichtigsten Aussagen des Wahlprogramms auch in Leichter Sprache veröffentlichen?

Wir überlegen das und haben bereits Anfragen in leichter/einfacher Sprache beantwortet.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Magnus Buhlert, MdBB